

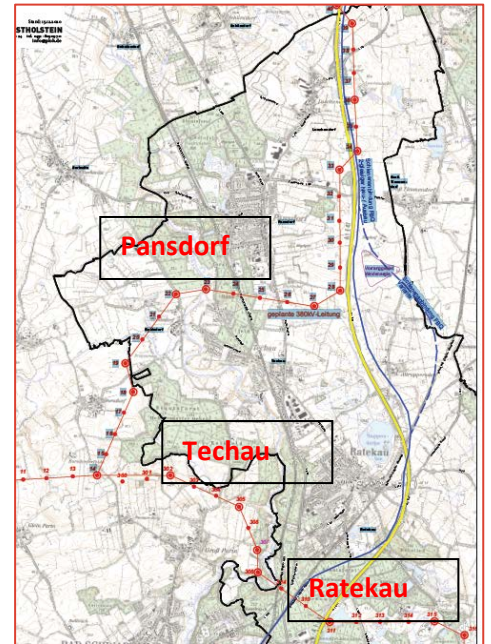
JA zur Energiewende
NEIN zur geplanten Umsetzung

Die geplante 380 kV-Freileitung Lübeck-Göhl soll sich nicht mehr an den Untersuchungen und Ergebnissen des von der Landesregierung und der TenneT durchgeführten (Bürger-) Dialogverfahrens orientieren.

Die neue Vorzugstrasse löst mit der Überbündelung von Infrastruktur zusätzlich zur geplanten Schienengütertrasse der Festen Fehmarnbeltquerung erhebliche Betroffenheiten in der Gemeinde Ratekau und den Bäderegemeinden aus.

Enorme Auswirkungen hat ebenfalls die geplante Freileitung Siems - Lübeck, deren Notwendigkeit von der Gemeinde Ratekau bereits frühzeitig infrage gestellt wurde.

Weitere Informationen finden sie unter www.ratekau.de.



Wir Unterzeichner*innen fordern daher,

- ➔ eine verträgliche Trassierung in Anlehnung an die Ergebnisse des (Bürger-) Dialogverfahrens für die Trasse Lübeck-Göhl,
- ➔ die eingehende Prüfung von Alternativen, wie der Wasserstofftechnologie am Ort der Stromerzeugung, sowie
- ➔ die Prüfung einer Erdverkabelung in schmaler Trassierung entsprechend des Gutachtens der Professoren Jarass und Brakelmann für die Trasse Lübeck - Göhl und Lübeck - Siems.

Vor- und Nachname	Straße und Hausnummer	PLZ und Ort	Unterschrift

Ausgefüllte Unterschriftenlisten **bitte bis zum 26. März 2021** an die Gemeinde Ratekau, Bäderstraße 19, 23626 Ratekau oder eingescannt an info@ratekau.de oder uniratekau@gmx.de senden.